

# VONOVIA & Co. enteignen Keine Spekulation mit Wohnungen

Wir laden ein zur

## Informations- und Diskussionsveranstaltung

mit

## Rouzbeh Taheri



Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ in Berlin

*„Wir wollen Wohnungen im öffentlichen Besitz, die mit einer sozialen Zielsetzung und unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten, der Mieter und der Stadtgesellschaft bewirtschaftet werden.“ (R. Taheri in der Berliner Zeitung am 9.10.2019)*

**am Montag, den 27. Januar 2020**

**um 19 Uhr**

**in Theater tri-bühne (Tagblattturm)**

**Eberhardstr. 61a**

Eintritt frei

**U Rotebühlplatz U Rathaus**

**S Stadtmittel**

**Mieterinitiative der  
VONOVIA-Mieter**

✉ [Mieterinitiative-vonovia-stuttgart@googlegroups.com](mailto:Mieterinitiative-vonovia-stuttgart@googlegroups.com)

🏠 <https://mieterinitiativen-stuttgart.de>

📘 [www.facebook.com/mieterinitiativen.stuttgart](http://www.facebook.com/mieterinitiativen.stuttgart)

☎ 0157 / 87 40 46 84

Die Dividenden der Immobilienkonzerne steigen von Jahr zu Jahr und die Aktionäre kassieren. Das bezahlen wir Mieter\*innen mit viel zu hohen Mieten. Bei der VONOVIA flossen im Jahr 2018 von jedem Euro Kaltmiete 38 Cent an die Aktionäre.



Konzerne wie die VONOVIA und Deutsche Wohnen müssen durch Enteignung in Gemeineigentum überführt und demokratisch verwaltet und kontrolliert werden. Fallen die Dividenden weg, könnte bei der VONOVIA eine Kaltmiete von 600 Euro um 228 Euro im Monat gesenkt werden. Solche Mietsenkungen hätten Auswirkungen auf das Mietniveau insgesamt.

Erfreulicherweise gibt es in Berlin seit einem Jahr eine Kampagne und einen Volksentscheid zur Enteignung von Immobilienkonzernen. 40.000 Menschen sind am 6. April 2019 in Berlin gegen den Mietenwahnsinn auf die Straße gegangen. Am gleichen Tag begann eine Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid zur Enteignung von Immobilienkonzernen. Innerhalb von nur zwei Monaten unterschrieben über 77.000 Unterstützer und damit wurde die erste Stufe des Volksentscheids weit übertroffen.

Der Berliner Senat geriet durch diese Mietenbewegung derart unter Druck, dass er einen Mietendeckel beschloss. Immobilienspekulation wird durch diesen Mietendeckel nicht beseitigt, allenfalls erschwert. Deshalb darf der Kampagne für Enteignung nicht der Wind aus den Segeln genommen werden. Eine bundesweite Unterstützung und Ausdehnung der Berliner Kampagne ist dringend erforderlich.

**Was wir dafür in Stuttgart tun können, und was wir von der starken Mietenbewegung in Berlin lernen können, wollen wir bei der Veranstaltung am 27. Januar mit Rouzbeh Taheri diskutieren.**

---

Die Mieterinitiativen Stuttgart sind Teil des „Bündnis für die Mietendemo am 28.03.2020“ in Stuttgart <https://www.housing-action-day.net> und des „Bündnis Mietentscheid“ für ein Bürgerbegehren zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle in Stuttgart <https://www.mietentscheid-stuttgart.de>

V.i.S.d.P.: Ursel Beck, Terrotstr. 33, 70374 Stuttgart